



Bürger wollten Antworten zum Thema Windenergie: In eine einmalige Lichtenauer Stadtratsitzung im Technologiezentrum drängten über 200 Lichtenauer und einige von ihnen auch ans Mikrophon. FOTO: KARL FINKE

Abstände, Druck und Prozente

Erste Einwohner-Fragestunde im Lichtenauer Rat thematisiert nur den Wind

VON KARL FINKE

■ **Lichtenau.** Bei der Premiere der Einwohner-Fragestunde in der Lichtenauer Stadtratsitzung wurden am Donnerstagabend Sachverhalte kundgetan, die bislang weder öffentlich noch den Ratsmitgliedern bekannt waren. Alle Fragen kreisten um den Ausbau der Windenergie beziehungsweise deren Begrenzung.

Eine Frage und zwei Zusatzfragen an den Bürgermeister oder einzelne Ratsmitglieder erlaubte die Verwaltung allen, die sich zu Wort melden mochten. Mehr als 200 interessierte Bürger waren ins Technologiezentrum gekommen. Die vorgegebene Zeit von insgesamt einer Stunde reichte für das von Jörg Altemeier moderierte Frage-Antwort-Spiel aus.

Auch die Stadt selbst hat mittlerweile Anträge zur Errichtung von drei Windriesen gestellt, bestätigte Bürgermeister Dieter Merschjohann auf die Frage eines Bürgers. Der geplante Abstand zur Wohnbebauung betrage wie bei allen anderen Planungen mindestens 1.000 Meter.

Der Rathauschef bezifferte die Höhe der Gewerbesteuereinnahmen durch den größten Windparkbetreiber als „schönen sechsstelligen Betrag“. Insgesamt führe dieses Unternehmen die Zahlungen so an „wie Bayern München die Bundesliga“. Johannes Lackmann (Geschäftsführer) outete das gemeinte Unternehmen später als die Asselner Windkraft GmbH & Co. KG.

SPD-Fraktionschef Markus Lübbers beantwortete die Frage

nach dem „Druck“ im Zeitplan für den neuen Flächennutzungsplan. Investoren hätten ein Recht auf Planungssicherheit, so der Herbramer, und die Bürger sollten vor der Kommunalwahl erfahren, für welche Entscheidungen die heutigen Lokalpolitiker stehen.

Häufiger Adressat von Fragen aus den Reihen von windkritischen Bürgern wurde der grüne Fraktionschef Bernd Keiter. Er verwies bezüglich des Planungsentwurfs auf eine anlagenfreie Sichtschneise im

Westen von Lichtenau: „Auch bei Herbram ist eine solche geplant.“ Bürgermeister Merschjohann sah sich mit der in den Planungen ausgewiesenen Windvorrangfläche von elf Prozent des Stadtgebietes auf einer Höhe mit der Nachbarstadt Bad Wünnenberg (10 Prozent). Richter am Oberverwaltungsgericht hätten dafür schon Zustimmung signalisiert: „Wir wollen es aber mit 8, 7 oder 6 Prozent versuchen.“

„Können wir ein Bürgerbegehren einleiten?“ fragte ein

Lichtenauer Gegner des weiteren Windenergieausbaus in der Stadt. Nach der Gemeindeordnung sei dies möglich, antwortete der Bürgermeister – und empfahl: „Sie sollten es aber lassen!“ Sollte ein solches Begehren eine Mehrheit der Stimmen bekommen, könnten die Windkraftinvestoren dagegen klagen. Der angestrebte neue Flächennutzungsplan hätte dann – wie zuletzt in Bad Wünnenberg – keinen Bestand.

In diesem Zeitraum könnten weitere Anlagen errichtet werden. Merschjohann fügte an, dass aktuell allerdings nur noch ein so genannter Ratsbürgerentscheid auf den Weg gebracht werden könne – seine Botschaft an den Bürger blieb gleich: „Sie würden das erreichen, was Sie nicht erreichen wollen.“

Der im Internet aktuell abgebildete Plan für den neuen Flächennutzungsplan ist offensichtlich nicht der aktuelle Stand der laufenden Verhandlungen. Im Bereich Herbram haben die Investoren einem Kompromiss zugestimmt, so Ortsvorsteher Lübbers – und weiter: „Lichtenau ist auf einem ähnlichen Weg.“ Andere Investoren – insgesamt planen sechs, sieben die Anlagen im Lichtenauer Stadtgebiet – sind zu Kompromissen aber bislang offenbar nicht bereit.

Wird eine zukünftige Bürgerstiftung auch mit Einnahmen aus der Windenergie finanziert?, lautete eine Frage. „Wir wollen eine Stiftung gründen“, bestätigte Lichtenaus Bürgermeister Dieter Merschjohann, „doch die muss nicht zwingend Beträge aus der Windenergie bekommen.“

Repowering erst spät bekannt

■ „Warum wird das Repowering angehalten?“ fragte Johannes Lackmann als Geschäftsführer der Asselner Windkraft GmbH. Die hatte bereits im Sommer vergangenen Jahres den Antrag gestellt, 65 kleine Anlagen durch 20 größere zu ersetzen. Nachdem der Bürgermeister den Antrag nicht behandelt habe, sei er jetzt allen Fraktionen zugeleitet worden.

„Das Repowering ist nicht gestoppt, nur gibt es von der Verwaltung noch keine Vorlage an den Rat“, antwortete für die CDU deren Fraktionschef Ralf Zumbrock. Für die SPD sagte Markus Lübbers, dass den Fraktionen der Antrag „erst vor einiger Zeit“ bekannt gemacht worden sei – mit der Auskunft des Bürgermeisters, „die anderen Betreiber wären sich noch nicht einig“. Lübbers fragte an Lackmann zurück: „Sind

jetzt alle fertig oder nur die Asselner Windkraft?“

„Ist dem Rat bekannt, dass nach einer Besprechung mit dem Kreis auch Teilflächen des Plans repowert werden können“, fragte wiederum Lackmann. Man wolle nicht auf das Unternehmen RWE warten. Der Bürgermeister wiegelte mit dem bereits genannten Argument ab.

Zum Ende der Ratsitzung knüpfte FDP-Ratscherr Uwe Kirschner noch einmal an das Anliegen von Lackmann an. Der Bürgermeister wiederum untermauerte die eigene Auffassung: „Es gibt in dem Bereich mehrere Pläne und es macht nur Sinn, die Anträge gemeinsam zu stellen. Herr Lackmann kann nicht andere Gebiete überplanen.“ SPD-Mann Lübbers kritisierte dieses Vorgehen: „Beraten werden muss so ein Antrag. Wie wir entscheiden, ist eine andere Sache.“ (fin)